

ARNDT HOPFMANN

Transformation als informelle Modernisierung

Nachdem sich in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern am Ende der achtziger Jahre angesichts des Scheiterns der Monopartei-Regierungen bei der Realisierung staatssozialistischer Wohlstandsversprechungen, unter dem Druck einer erstarkenden politischen Opposition und zunehmender außenwirtschaftlicher Zwänge eine radikale Wende »zu Marktwirtschaft und Demokratie« vollzogen hat, schienen sich zunächst die Grundannahmen modernisierungstheoretischer Konzeptionen tatsächlich zu bestätigen.¹ Obwohl der »Erklärungsoptimismus« der Modernisierungstheorie in bezug auf die »Entstehung der modernen Gesellschaften, Aufholprozesse der Nachzügler (und) Innovationen der modernen Gesellschaften« (Zapf 1996: 74) ungebrochen ist, zeigt doch ein kritischer Blick auf die sozio-ökonomischen Realitäten in den mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien, daß sich die ursprünglichen Hoffnungen auf einen gesteuerten Übergang zu marktwirtschaftlichen Institutionen und Regulationsweisen inzwischen mit einer Fülle von »ungeplanten« (Zwischen)Ergebnissen der Transformation konfrontiert sehen.

Ein wesentliches Merkmal der im Transformationsprozeß »unbeabsichtigt« erzeugten Strukturen und Institutionen ist ihr »hybrider« – aus der Verschmelzung von Elementen überkommener (»ererbter«) und übernommener (»imitierter«) Gesellschaftsformen entstandener – Charakter, der ihnen insgesamt eine Aura des »Nicht-klassischen«, der »Deformation von Marktwirtschaft« oder auch des »Informellen« verleiht. Dabei stellt die Existenz von »grauen«, »sekundären« oder »schattenwirtschaftlichen« Segmenten innerhalb der jeweiligen Ökonomien sowohl für die westlichen Industrieländer als auch die ehemals realsozialistischen Staaten und die südlichen Entwicklungsländer ein durchaus bekanntes, und in der wissenschaftlichen Literatur umfänglich behandeltes Phänomen dar (vgl. u.a. Altmann 1990; Götz 1991; Gretschmann/Heinze/Mettelsiefen 1984; Gross/Friedrich 1988; Portes/Sassen-Koob 1987; Schrage 1987; Weck/Pommerehne/Frey 1984).² Trotz zum Teil heftiger Kritik (Schiel 1987) und weithin anerkannter konzeptioneller Mängel sowie ungelöster untersuchungsmethodischer Probleme – insbesondere bei Versuchen, die Kategorie in empirischen Studien sinnvoll anzuwenden (Pries 1996) – hat sich das Konzept des »informellen Sektors« zur Beschreibung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten weitgehend durchgesetzt. Damit wird allerdings eine Sichtweise konstituiert, die auf eine mindestens

Arndt Hopfmann – Jg. 1956, Dr. oec., zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsgebietsschwerpunkt »Transformationsprozesse in einer interdependenten Welt« am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin; Mitglied der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

1 »Entwicklungsgeschichtlich betrachtet hatte Sozialismus bisher die Rolle einer entwicklungspolitischen Krücke für nachholende Entwicklung im peripherkapitalistischen Umfeld. Ohne Selbstkorrektur in Richtung auf dezentrale Lenkungsstrukturen und politische Partizipation bleibt der dabei entstehende »real existierende Sozialismus« eine Entwicklungsstufe zu einem letztlich nur noch mit Gewalt zu verhindernden Kapitalismus«.
(Senghaas 1982: 305).

dualistische sektorale Gliederung von Wirtschaftssystemen abstellt. Dem rechtlich regulierten, steuerzahlenden, mit sozialen Sicherungssystemen ausgestatteten – daher »formellen« – Wirtschaftsbereich mit vor allem großen kapitalistischen Unternehmen wird ein Wirtschaftssektor gegenübergestellt, in dem die Aktivitäten rechtlich kaum reguliert sowie sozial ungesichert und zumindest teilweise illegal, vor allem aber keinbetrieblich organisiert – also »informell« – sind (vgl. auch die schematische Darstellung weiter unten).

Diese dualistische oder in dem Fall, daß die Existenz mehrerer Wirtschaftssektoren angenommen wird, auch multisektorale Perspektive läßt sich natürlich mit einiger Berechtigung auch auf die ehemals staatssozialistischen Gesellschaften anwenden. Allerdings wird dadurch die in Mittel- und Osteuropa unverkennbare Tendenz zur Informalisierung von Wirtschaft, Politik und Staat faktisch als eine sekundäre Erscheinung abgetan, die das spezifische, gesellschaftsprägende Gewicht neuartiger »informeller« Strukturen und Regulationsformen eher zu gering bewertet und zudem ihre möglichen Konsequenzen, auch in Form von Rückwirkungen, auf die westlichen Industrieländer unterschätzt.

Im Gegensatz zum gängigen Verständnis, daß sich »informelle« Strukturen, zwar mehr oder weniger unvermeidlich, aber doch unerwünschterweise als Wirtschaftssegment neben dem Bereich der »formellen« kapitalistischen Markt- und Geldwirtschaft entwickeln, wird hier die Hypothese vertreten, daß unregulierte, partiell antistaatlich orientierte, in rechtlichen Grauzonen angesiedelte Aktivitäten unmittelbar der Natur kapitalistischer Produktion entspringen. Denn in einer grundlegend auf Gewinnmaximierung angelegten Wirtschaftsweise muß der Profit nämlich so lange als zu niedrig, als suboptimal, angesehen werden, wie nicht alle legalen und illegalen Faktoren zu seiner Erhöhung ausgeschöpft wurden.

In einer derart tiefgreifenden Umwälzung der Reproduktionszusammenhänge, wie sie der Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa darstellt, in der nicht zuletzt gerade jene kapitalistischen Urinstinkte wie Profitgier und (in Abhängigkeit von der Höhe der erwarteten Gewinne) unternehmerisches Risiko auch jenseits der gesetzlichen Schranken freigesetzt werden sollen, ist die Ausprägung von sowohl aus den Industrie- wie den Entwicklungsländern durchaus bekannten Formen »informeller« – und darin eingeschlossen vor allem auch »krimineller« – Wirtschaft kaum überraschend. Es kann daher nicht verwundern, wenn die Transformation staatssozialistischer Gesellschaften zu kapitalistischen Marktwirtschaften mit der Ausprägung spezifischer sozio-ökonomischer Merkmale einhergeht, die zunächst äußerlich als »Entregulierung«, »Entsicherung« und auch »Chaotisierung« von gesellschaftlichen Strukturen erscheinen. Was jedoch überrascht, ist das Ausmaß, in dem die »Informalisierung« von Wirtschaftsprozessen sowie von sozialstaatlichen und politischen Institutionen stattfindet und insbesondere die bereits nach kurzer Zeit offenbar werdenden Tendenzen zu ihrer Verfestigung. Von ihrer Rolle im institutionellen Gefüge und von ihrem Gewicht im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß her erscheinen die vermeintlich »informellen« und

2 In der Literatur werden gemeinhin zwei große schattenwirtschaftliche Bereiche unterschieden:

1. die Bedarfswirtschaft – gemeinschaftliche Produktion, gegenseitige Hilfe und die hauswirtschaftliche Selbstversorgung (Familien- oder Subsistenzwirtschaft); sowie

2. die Untergrundwirtschaft mit ihren »Unterabteilungen« Schwarzwirtschaft, Schwarzarbeit und kriminelle Wirtschaft (vgl. die schematische Darstellung weiter unten). Als Zurechnungskriterium hat sich allgemein durchgesetzt, daß es sich bei der Schattenwirtschaft um »wirtschaftliche, d.h. bedarfsdeckende Aktivitäten ... (handelt), die sich außerhalb des institutionalisierten (oder regulären, oder formellen) markt- und staatswirtschaftlichen Sektors abspielen, sich mithin der statistischen Erfassung weitgehend, gewollt oder ungewollt, entziehen«.

(Gross 1988: 18).

»sekundären« Elemente nicht selten als Kernstrukturen, die maßgeblich für die Ausprägung relativ eigenständiger (hybrider) Gesellschaftsformen und Regulationsweisen werden könnten.

Um diese Ausgangsannahmen zu erhärten, sollen zunächst die wesentlichen Merkmale »informeller« Wirtschaft entwickelt werden, um anschließend einige (hypothetische) Konsequenzen für die gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer abzuleiten.

Ursachen und Erscheinungsformen von Informalität in Transformationsökonomien

Unabhängig von den gewählten konkreten Reformstrategien wurde in den mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien bereits in einer sehr frühen Phase des Transformationsprozesses versucht, die grundlegenden Rahmenbedingungen für eine funktionsfähige marktwirtschaftliche Ordnung zu schaffen. Obwohl dies in sehr unterschiedlichem Maße gelungen ist, kann heute davon ausgegangen werden, daß das Handeln der Wirtschaftsakteure inzwischen weitgehend von marktwirtschaftlich-kapitalistischen Kalkülen bestimmt wird (Csaba 1995). Die Dominanz von Gewinn- resp. Einkommenskalkülen in kapitalistischen Markt- und Geldwirtschaften führt jedoch keineswegs notwendigerweise zur Ausbildung formell geregelter, verrechtlichter Gesellschaftsstrukturen des OECD-Typs. Vielmehr läßt sich aus zwei wesentlichen Charakteristika marktwirtschaftlicher Gesellschaften der empirisch konstatierbare Umstand erklären, daß sich auch mehr oder weniger entregelte – vom OECD-Typ abweichende – Varianten einer kapitalistischen Entwicklung durchsetzen können.

Erstens gründen die wesentlichen Koordinations- und Entwicklungsmechanismen von kapitalistischen Marktwirtschaften darauf, daß arbeitsteilig vereinzelte ökonomische Akteure nach Entscheidungskalkülen handeln, die sie aus autonomen Signalen (insbesondere Preisen) sowie aus ihrer Kenntnis politisch-administrativ gesetzter Rahmenbedingungen generieren, und deren Erfolg sich an möglichen oder erwarteten Einkommen resp. Gewinnen mißt. Die Koordination dieser Einzelhandlungen – ihre tatsächliche Integration in einen arbeitsteiligen Reproduktionsprozeß – vollzieht sich auf der gesellschaftlichen Ebene über Märkte, auf denen die individuellen ökonomischen Akteure miteinander konkurrieren. Der tatsächliche Erfolg von zweckorientierten Handlungsstrategien erweist sich erst, indem sie über den Markt miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Das Handlungsergebnis erscheint als Resultante konkurrierender Einzelhandlungen, die sich quasi hinter dem Rücken der Akteure herstellt. Da also die Wirtschaftsakteure aus der Kenntnis der Rahmenbedingungen ihres Handelns zwar die Erfolgchancen abschätzen, aber gleichzeitig nicht sicher sein können, daß die angezielten Resultate auch eintreffen, sind sie gezwungen, alle ihnen jeweils zugänglichen, legalen wie illegalen Einflußfaktoren einzusetzen, um den möglichen Einkommenseffekt ihrer Unternehmungen zu erhöhen.

Daß die Akteure im Rahmen marktvermittelter Konkurrenzverhältnisse derart zweckbestimmte Verhaltensentscheidungen treffen,

macht ihre Aktivitäten überhaupt erst staatlicher Ordnungspolitik zugänglich. Zugleich bedingt die Interessenhomogenität innerhalb bestimmter Gruppen von Akteuren, daß sie ihrerseits versuchen, aktiv auf die seitens des Staates gesetzten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Einfluß zu nehmen. In der politischen Sphäre von Marktgesellschaften findet also über den Widerstreit konfliktierender Interessen ein Willensbildungsprozeß statt, dessen Ergebnis (politisch-administrative Entscheidungen) sich ebenfalls als Resultante unterschiedlich gewichtiger Einflußnahmen von Interessengruppen darstellt. Inwieweit die derart generierten ordnungspolitischen Entscheidungen auch zu den angezielten Ergebnissen führen, hängt wiederum davon ab, ob sich die Wirtschaftsakteure diesen Rahmensetzungen entziehen können. Auch die realen Folgen wirtschaftspolitischer Entscheidungen sind in Marktgesellschaften also keineswegs notwendig identisch mit den Intentionen der Entscheidungsträger. *In kapitalistischen Marktwirtschaften ist die Vermittlung zwischen Politik und Ökonomie daher grundsätzlich unsicher – der rechtlich-formellen Regulation ihrer Entwicklung sind systemische Schranken gesetzt.*

Bezogen auf den Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa bedeutet dies, daß es a priori nicht gerechtfertigt ist, davon auszugehen, daß sich die politischen Reformstrategien, Marktwirtschaften mit OECD-Profil zu gestalten, in die Realität umsetzen lassen. »Unsere Einsicht in die Wirkungsweise konkreter Mittel im Hinblick auf angestrebte Ziele scheint in Übergangsgesellschaften noch erheblich mehr als in den Fällen beschränkt zu sein, in denen ein stabiler institutioneller Rahmen gegeben ist« (Schüller 1992: 48).

Ein *zweiter* wesentlicher Umstand, der zu erheblichen Modifikationen in der Ausprägung marktwirtschaftlicher Strukturen führt, besteht im *historischen Charakter kapitalistischer Gesellschaften*. Diese historische Bestimmtheit besteht auf zwei Ebenen. Zum einen ist die Herausbildung von Marktwirtschaften historisch nicht voraussetzungslos. Damit sie sich überhaupt auf ihrer spezifischen industriellen Grundlage herausbilden und entfalten können, bedarf es bekanntlich einer Reihe von *Ausgangsbedingungen* vor allem in bezug auf die Entwicklung industrieller Technik und Arbeitsteilung sowie hinsichtlich der politisch-sozialen Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. *Kapitalistische Marktgesellschaften gründen deshalb immer auf (regional)spezifischen Gesellschaftsformen, tradierten Verhaltensmustern, überhaupt mannigfach verschiedenen empirischen Gegebenheiten – Vermarktlichung ist immer pfadabhängig* (vgl. dazu auch North 1990) *und hat keineswegs die vollständige Beseitigung der vorgefundenen (»vorkapitalistischen«) Gesellschaftsstrukturen zur Voraussetzung.*

Zum anderen ist die Herausbildung von Marktwirtschaften immer in einen jeweils historisch konkret gestalteten Weltmarktzusammenhang eingebettet. Es hängt wesentlich von der Entfaltung und den dominierenden Funktionsmustern des kapitalistischen Weltmarkts und den sich daraus ergebenden Formen der Weltmarktintegration ab, welche Entwicklungsspielräume national und regional bestehen und welche wirtschaftspolitischen Strategien am erfolgversprechendsten erscheinen. *Die Attraktivität von Entwick-*

3 »Neben den Möglichkeiten, durch Gründung von legalen Unternehmen und Erwerb von Immobilien ihr Schwarzgeld rein zu waschen, haben die Schattenwirtschaftler die nie dagewesene Chance, über die Grenzen Rußlands hinaus aktiv zu werden. Das wurde durch die Liberalisierung des Außenhandels und die Freigabe des Rubel-Tauschkurses ermöglicht. Die halblegale, halbkriminelle Ausfuhr von Rohstoffen sowie die Spekulationen an der Währungsbörse lassen die Schattenwirtschaftler enorme Summen in harten Währungen verdienen. Diese Summen werden problemlos ausgeführt und risikofrei auf Konten westlicher Banken geparkt« (Saizew 1994: 192). Die monatliche Kapitalflucht aus Rußland beläuft sich auf ca. 1,5 bis 2 Mrd US-Dollar; am weitesten verbreitete ist der Verkauf von Rohstoffen unter dem Weltmarktpreis, wobei sich Käufer und Verkäufer den Gewinn teilen (Transition, 8(1997)2: 27).

*lungsmodellen, die von den weltwirtschaftlich dominierenden Staaten ausgeht und die die politische Strategiebildung in Richtung auf eine nachholende oder imitative Variante kapitalistischer Entwicklung lenkt, ist in ihrer Durchsetzbarkeit von äußeren – im Weltmarktzusammenhang verorteten – Restriktionen abhängig; gleichzeitig werden die weltmarktvermittelten Entwicklungsimperative im spontanen Prozeß der Ausformung marktwirtschaftlicher Strukturen im nationalen Raum gestaltungsmächtig.*³

Aus diesen grundlegenden Merkmalen der Herausbildung und Entfaltung kapitalistischer Verhältnisse lassen sich wichtige Einsichten in die Natur von Informalisierungsprozessen im Zuge der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa gewinnen.

Informalisierung ist zunächst eine unmittelbare Konsequenz des Systemzusammenbruchs und der proklamierten »Wende zu Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie«. Sie resultiert aus dem in der Literatur bereits hinlänglich reflektierten Phänomen, daß sich die Umbrüche in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären unterschiedlich schnell vollziehen (vgl. u.a. Offe 1994). Mit dem politischen Systemwechsel und der Entregulierung planwirtschaftlicher Strukturen sind zwar Voraussetzungen für die Entstehung und Entfaltung privateigentümlicher Wirtschaftseinheiten und kapitalistischer Sozialstrukturen relativ rasch geschaffen worden. Der tatsächliche Umbruch in den gesellschaftlichen Grundstrukturen vollzieht sich jedoch erheblich langsamer und vor allem in Durchgangsstadien zwischen den verschiedenen sozialen und ökonomischen Formen gesellschaftlicher Verhältnisse. Vor allem die tiefgreifende Erschütterung und/oder weitgehende Auflösung der realsozialistischen Erwerbsstrukturen und sozialen Sicherungssysteme hat eine umfassende gesellschaftliche »Entsicherung« zur Folge. Für eine Vielzahl von Akteuren kann diese existenzbedrohliche Unsicherheit nur durch eine Kombination von »Überlebensstrategien« – das Festhalten an überkommenen interpersonellen Netzwerken (vgl. Brie 1995; Lavigne 1995: 41ff.), durch den partiellen Rückzug in die Selbstversorgungswirtschaft und/oder die Aufnahme von prekären Arbeitsverhältnissen (jenseits institutionalisierter Regulative) – einigermmaßen »beherrscht« werden.

Ein *erstes Moment von Informalität* im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß ergibt sich daher aus der – administrativ zwar bekämpften, in der alltäglichen sozialen Realität aber reproduzierten – *Fortexistenz von überkommenen realsozialistischen Strukturen* in Kombination mit Formen der »Überlebensproduktion« (Selbstversorgung, ambulanter Handel, Prostitution etc.) und dem Eintritt in *prekäre Arbeitsverhältnisse* (tariflich ungeregt zu niedrigsten Lohnsätzen, oft ohne vertragliche Vereinbarung). Insgesamt sind derartige »informelle Überlebensstrategien« Ausdruck der Erosion des Staates und der Entsicherung reproduktiver Zusammenhänge. Diese Form von Informalisierung weist durchaus deutliche Ähnlichkeiten zu den für die südlichen Entwicklungsländer hinlänglich beschriebenen Formen des »informellen Sektors« auf.

Transformation erschöpft sich aber nicht in der Zerstörung staatssozialistischer Strukturen. In ihrem Verlauf sollen sich vor allem marktwirtschaftliche Verhältnisse herausbilden. Gerade um

die dazu notwendigen urkapitalistischen Bereicherungsinstinkte des Unternehmertums zu entfesseln, wurden nicht zuletzt radikale Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen ins Werk gesetzt. Die ›historische Mission‹ des ›neuen Unternehmertums‹ wurde also durchaus in der Ausnutzung der sich bietenden außer-gewöhnlichen Chancen zu persönlicher Bereicherung durch Kapitalakkumulation gesehen, wodurch quasi nebenbei funktionierende marktwirtschaftliche Strukturen entstehen sollten. Unter den gegebenen historischen Ausgangs- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bieten sich die größten Chancen zur Profitmaximierung allerdings durch eine eigenartige Verschmelzung von formellen und informellen Unternehmensaktivitäten (Kaufmann 1997; Tittenbrun 1992: 609). Während die formelle Seite der Unternehmung seine rechtliche Sicherstellung und die Ausnutzung staatlicher Fördermaßnahmen gewährleistet, erlaubt die Verlagerung der tatsächlich profitablen Aktivitäten in eine informelle Grauzone im Zusammenhang mit der Nutzung von Verflechtungsbeziehungen mit globalen Wirtschaftsstrukturen die Maximierung der Gewinne unter Ausschaltung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten. Es ist weniger die oft als Begründungszusammenhang bemühte Flucht vor staatlicher Regulierungsdichte und Steuerbegehrlichkeiten (vgl. Weck, Pommerehne, Frey 1984) als vielmehr die profitsteigernde – in einigen Bereichen sicherlich auch erst profitsetzende – geschickte Ausnutzung von staatlichen Garantien einerseits und Kontrolldefiziten andererseits, die eine spezifische Form der Informalisierung des Unternehmenssektors hervorbringt.

Ein *zweites Moment von Informalität* im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß bilden daher die gegen kollektive Gemeininteressen gerichteten *rigorosen Gewinnorientierungen* des ›neuen Unternehmertums‹, das entschlossen ist, alle verfügbaren Mittel der Profitsteigerung in Anschlag zu bringen. Dieser ausgeprägte *Anti-Staatsaffekt* (Dziewiecka-Bokun 1992), der in der Literatur vor allem als »free-rider-Phänomen« Beachtung gefunden hat (vgl. Gretschmann 1984; Karmann 1988), schließt natürlich die massenhafte Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse ein. Soziale Entsicherung und entfesselte Profitgier ergänzen sich so und generieren eine Art »informeller Ökonomie«.

Es ist allerdings fraglich, ob diese Form von Ökonomie mit dem pauschalen Attribut »informell« tatsächlich adäquat charakterisiert ist. Informalität heißt nicht nur Unsicherheit auf seiten der durch Selbstversorgung, Straßenhandel, illegale oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse um die Aufrechterhaltung ihrer physischen Existenz bemühten Akteure, sondern auch auf seiten der Unternehmer, die sich oft weniger durch mögliche staatlich-rechtliche Eingriffe als durch das häufig gewaltförmige Vorgehen ihrer Konkurrenten bedroht sehen. Gerade die allgemeine ›Neuordnung‹ der gesellschaftlichen Machtverteilung im Zuge der Systemtransformation ist deshalb dadurch geprägt, daß die verschiedenen Akteursgruppen versuchen, nachhaltigen Einfluß auf die politischen Entscheidungsstrukturen zu erlangen, um die errungenen Positionen gegen die Begehrlichkeiten von Konkurrenten rechtsförmig, d.h. vor allem unter dem Schirm staatlich exekutierter Gewalt, abzusichern. Dort

wo dies mit Hilfe klassischer staatlicher (Gewalt- und Rechts)Instrumente nicht gelingt, wird nicht selten versucht, Kompensation dadurch zu schaffen, daß ›Ordnung‹ durch die Etablierung von quasi-rechtlichen privaten (Gewalt)Strukturen durchgesetzt wird (Aslund 1995: 160ff; Damaskin 1997; Kisunko 1996). »Informalisierung« schließt so eine Tendenz zur »Re-Formalisierung« ein. Allerdings heißt »Re-Formalisierung« keineswegs notwendigerweise die Ausprägung von gesellschaftlichen Institutionen des OECD-Typs. Möglich und wahrscheinlich ist vielmehr die Herausbildung von neuartigen – in gewisser Hinsicht »hybriden« – *Formen* gesellschaftlicher Regulation, die nur deshalb als »informelle« erscheinen, weil sie als Formen noch nicht positiv bestimmt sind.

Ein *drittes Moment von Informalität* im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß stellen somit neuartige, »hybride« *Wirtschafts- und Regulationsformen* dar, die auf längere Sicht die marktwirtschaftlichen Strukturen Mittel- und Osteuropas charakterisieren werden und die daher in bezug auf die sich jeweils durchsetzende Variante von Marktwirtschaft (vgl. dazu auch Michel 1991) in gewisser Weise *typbildend* sind.

»Formelle« und »informelle« Strukturen in kapitalistischen Marktwirtschaften

Angesichts der fließenden Übergänge zwischen »formellen« und informellen« Formbestimmungen, die selbst nur der einigermaßen unbefriedigende Versuch sind, die realen gesellschaftlichen Verhältnisse auf den ›Begriff‹ zu bringen, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von »Formellem« und »Informellem« innerhalb von marktwirtschaftlichen Vergesellschaftungszusammenhängen überhaupt.

Aus dem Blickwinkel des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bilden beide Sphären offensichtlich eine in sich verflochtene Einheit von Produktionsformen, die insgesamt sowohl die Reproduktion der Wirtschaftsakteure in ihrer sozialen Position innerhalb der Gesellschaft als auch die Realisierung des Profitimperativs als hauptsächlichen Antrieb unternehmerischer Aktivität in Marktwirtschaften sichert. Insofern ist die Abgrenzung von zwei vermeintlich grundlegend verschiedenen Wirtschaftsbereichen auch hochgradig künstlich.

Die Unterscheidung von formellen und informellen Arbeitsformen ist unmittelbar mit dem Vordringen nationalstaatlicher Regulation in den Wirtschaftsprozeß und der damit einhergehenden Formalisierung, Verberuflichung und Kommerzialisierung von Arbeitsverhältnissen verbunden. »Das Dual formelle – informelle Wirtschaft ist selbst ein Produkt der Industriegesellschaft« (Gross 1988: 13). Der Begriff der Arbeit schrumpft in der öffentlichen Wahrnehmung tendenziell auf den vertragsrechtlich fixierten Erwerbsarbeitsbegriff zusammen. Parallel dazu entsteht eine »Arbeitsethik«, die alle Formen von informeller Wirtschaft – mit Ausnahme von Selbsthilfe und Eigenarbeit – als amoralisch, als Vergehen gegen das »Gemeinwohl« verurteilt.⁴ Das Problem der Unterscheidung von formellen und informellen Arbeitsformen verweist quasi nebenbei auf die Beschränktheit des Versuchs, alle reproduktiven Tätigkeiten in den Kategorien der marktökonomischen Geld-

4 »Bei der Benennung von unmoralischen Verhaltensweisen im Kontext der Schattenwirtschaft liegt ... der Schwerpunkt in einer mangelhaften Steuermoral. Moraltheologen gehen heute davon aus, daß der Staat ein Recht hat, Steuern zu erheben, da er es ist, der für die Wahrung und Förderung des Allgemeinwohls zu sorgen hat...« (Glatzel 188: 232).

sprache zu erfassen. Durch die Fixierung auf monetäre Größen und anerkannte »Erwerbsarbeitsformen« tritt in den »Schatten« gesellschaftlicher Kenntnisnahme zurück, daß die Wirtschaftsakteure in ihrem alltäglichen Handeln bewußt – aus ökonomisch wohl begründetem Kalkül – nicht nur in formelle – oft identisch mit offiziell anerkannte – Beziehungen zueinander eintreten.⁵

Auf *seiten der Unternehmen* durchdringen sich dabei zweit grundlegend widersprüchliche Interessenlagen. Einerseits bedürfen sie der Institution »Staat« und des mit ihr verbundenen Monopols auf die – notfalls gewaltförmige – Durchsetzung von Rechtstiteln, schon um die wesentliche Institution der Konkurrenz überhaupt auf Dauer im Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten⁶. Um ungleiche Belastungen durch das Aufbringen der zur Deckung der Kosten für den staatlichen Apparat notwendigen Mittel zu vermeinden, wird die Installation eines Aufbringungsmechanismus notwendig, der möglichst alle Nutznießer gleichmäßig beteiligt – das Steuersystem. Da jedoch Steuerausgaben Kosten darstellen, die den potentiell möglichen Unternehmensgewinn reduzieren, und zudem das Geflecht öffentlicher Institutionen auch dann noch vom einzelnen Unternehmer genutzt werden kann, wenn er seine fällige Kostenbeteiligung verkürzt, werden beständig systematisch-rationale Kalküle zur Umgehung rechtlicher Regelungen reproduziert, insbesondere dann, wenn Geschäftsoperationen außerhalb staatlicher Kontrolle außergewöhnlich hohe Profite abwerfen, während gleichzeitig noch die Protektion öffentlicher Institutionen in Anspruch genommen werden kann (Gross 1988: 39). Von daher bestehen in kapitalistischen Marktwirtschaften auf allen Ebenen und bei allen Größenordnungen von Unternehmensaktivitäten starke Anreize zur »Informalisierung« (Portes/Sassen-Koop: 38f.).⁷ Die Umgehung von Steuervorschriften gehört deshalb zum »kleinen 1 x 1« unternehmerischen Handelns in allen marktwirtschaftlichen Entwicklungsvarianten.⁸ Dazu gehören aber auch all jene Aktivitäten, die geeignet sind, den realisierbaren Gewinn noch zusätzlich zu steigern. Neben einer heute maßgeblich von den Unternehmen der Industrieländer ausgehend globalisierten »Kultur der Korruption« (Rügemer 1996) sind es vor allem der politische Lobbyismus und schließlich die Durchdringung des gesamten staatlichen Institutionengefüges mit mafiotischen Netzwerken, die profitsteigernd wirken. Die »Mafia« ist ihrem Wesen nach keine Institution der Untergrundökonomie, sondern ein interpersonelles Netzwerk zum Zweck der Erhöhung unternehmerischer Gewinne, das gerade die Verbindung zwischen allen Ebenen der formellen und der informellen Wirtschaft herstellt. Am »oberen« Ende der Mafia stehen hohe Politiker und Beamte sowie die weltweit agierenden Konzerne, deren Mittelsmänner nicht nur die nationale Wirtschafts- und Außenpolitik, sondern vor allem die Ausgestaltung von rechtlichen Regelungen und dabei insbesondere von Außenwirtschaftsgesetzen (Zoll- und Devisenbestimmungen, Handelsrestriktionen etc.) beeinflussen. Am »unteren« Ende rangieren verschiedene Formen der »kriminellen Wirtschaft« (Drogenanbau und -handel, Schmuggel, Schutzgelderpressung etc.), bei denen zum Teil außergewöhnliche Gewinne erzielt werden, zu deren Sicherung wiederum vor allem

5 Die Gegenüberstellung von formeller »Erwerbswirtschaft« und informeller »Schattenwirtschaft« ist selbst ein spezifisch historisches Phänomen, in dem die Doppelgesichtigkeit kapitalistischer Verhältnisse seinen Ausdruck findet. Aus der Sicht des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist es völlig gleichgültig, in welcher konkreten Formbestimmung Reproduktionsarbeit geleistet wird. Aus der Sicht der jeweils historisch spezifischen Ausprägungen kapitalistischer Marktwirtschaften entscheidet das Verhältnis von formeller und informeller Ökonomie allerdings sehr wohl mit darüber, welche Variante von kapitalistischer Gesellschaft sich herausbildet.

6 »Es ist also erforderlich, daß eine übergeordnete Autorität, der Staat, für den Schutz des Allgemeininteresses sorgt, ja selbst für das Weiterbestehen freier Märkte. Denn das spontane Bestreben der ökonomischen Akteure geht dahin, in eine beherrschende Position zu gelangen, das Spiel zu verderben, die Konkurrenz und die Konkurrenten zu unterdrücken, also die Privatinitiative aufzuheben.« (Gorz 1991: 63).

7 »Erfahrungsgemäß werden häufig Produktionsteile von ordnungsgemäß registrierten Betrieben der staatlichen Erfassung entzogen. Die Arbeit erfolgt regulär, ein Teil der Einnahmen wird unterschlagen. Beide Seiten profitieren davon, für den Produzenten ist das zwar niedrigere – aber weil abgabefreie – Entgelt höher, für den Konsumenten erfolgt die Arbeit billiger.« (Gross 1988: 24).

8 »Es ist gerade bei den Kleinhändlern und Kleinunternehmern eine eigentümliche Doppelzüngigkeit zu beobachten: offiziell, in den formellen Kontexten wie Versammlungen, Zeitungsartikeln etc. fordern sie eine Unterbindung und Bestrafung, informell sind viele, wenn nicht die meisten bereit, die Schwarzarbeit etwa ihrer Mitarbeiter nicht nur zu tolerieren, sondern auf Wunsch ihrer Kunden auch selber zu erbringen. (...) Was die Motivlage betrifft, könnte es auch sein, daß die Schwarzproduktion schlicht schneller, unumständlicher mit einem Minimum an Transaktionskosten erfolgen kann« (Gross 1988: 35). In diese Richtung wirkt auch der hohe Regulierungsdruck, der aus der Notwendigkeit des Eintreibens von Steuer- und Sozialabgaben resultiert (Gross 1988: 38f.).

9 Das hier häufig ins Spiel gebrachte Argument, daß durch Schwarzarbeit der Renten- und Arbeitslosenversicherung Beiträge entzogen würden, greift entschieden zu kurz. Vielmehr kann geltend gemacht werden, daß »der Schwarzarbeiter ... auf einen Lohnteil verzichtet (oder zu verzichten gezwungen ist – d.A.), der ihm eine Anwartschaft auf Ansprüche der Renten- und Arbeitslosenversicherung gewähren würde« (Gross 1988: 46). »Schwarzarbeit ist in bezug auf die Sozialversicherung kein Betrug, weil keine Ansprüche an die Sozialversicherung erhoben werden, die nicht gedeckt sind. Es werden nicht die höheren Beiträge bezahlt, aber auch nicht die erhöhten Ansprüche geltend gemacht«. (Koslowski 1988: 239).

die Korruption von regionalen und örtlichen Verwaltungen und Strafverfolgungsorganen sowie terroristische Gewaltakte angewandt werden (Couvrat/Pless 1993).

Auch auf seiten der unselbständig bzw. scheinselfständig Beschäftigten verflechten sich innerhalb marktwirtschaftlicher Strukturen beständig formelle und informelle Momente. Einerseits stellen arbeitsrechtlich verankerte Festlegungen über die tarifliche Lohnhöhe, Urlaubsansprüche, Sozialleistungen usw. für Beschäftigte, die durch unselbständige Arbeit ihre Reproduktion sichern müssen, wesentliche Errungenschaften dar, die ihnen einen historisch gewachsenen und gesellschaftlich akzeptierten Lebensstandard gewährleisten. Die für die institutionelle Absicherung dieser Ansprüche anteilig aufzubringenden Mittel sind zwar Objekt individueller »Vermeidungsstrategien«, die hierbei erreichten Größenordnungen sind aber kaum von Bedeutung, solange Arbeit innerhalb verrechtlichter Vertragsstrukturen verausgabt wird. Andererseits eröffnen sich zusätzliche Einkommenspotentiale, wenn es den Akteuren gelingt, neben ihren formellen, anspruchsrrechtlich gesicherten Einkommen weitere Quellen zu erschließen und die dabei erzielten Einkommen nicht zu versteuern. Es existieren daher auch auf der Seite der lohnabhängig Beschäftigten beträchtliche Anreize, Arbeitsverhältnisse einzugehen, die von Unternehmen zu irregulären, d.h. in der Regel gegen gesetzliche Regelungen verstoßende Bedingungen angeboten werden. Der größte Teil der in irregulären, ungesicherten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten rekrutiert sich allerdings aus jener Gruppe von Individuen, die aus dem formellen kapitalistischen Produktionsprozeß ausgestoßen wurden und ohne oder nur mit sehr geringen Transfereinkommen ein Auskommen finden müssen.⁹ Sind die Transfereinkommen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Renten etc.) niedrig und/oder ihre Auszahlung unsicher – wie dies in einer Reihe von Transformationsländern der Fall ist –, wächst der Zwang zur Aufnahme von oft gering bezahlten, unsicheren oder gar von Strafverfolgung bedrohten Tätigkeiten in dem Maße, wie der Rückgriff auf reproduktive Eigenarbeit (z.B. landwirtschaftliche Selbstversorgung auf Kleinparzellen) eingeschränkt ist.

Neben der nur in bestimmten Regionen möglichen Reproduktion über Formen der Eigenversorgung, die nicht selten auch lokale »informelle« Märkte beliefern, oder über die Ausübung von meist handwerklichen Kleingewerben wächst gerade in Zeiten des massenhaften Zusammenbruchs industrieller Unternehmen die Zahl derer, die bereit sind, in *prekäre Arbeitsverhältnisse* einzutreten. Prekäre Arbeitsverhältnisse bilden somit eine wesentliche Struktur, über die der Übergang von formeller in informelle Arbeit vermittelt – systemisch erzwungen – wird. Hier findet die im Bereich der Unternehmen ohnehin stets latente Option, informelle – unterbezahlte, arbeitsrechtlich unregelmäßige, vertragslose – Arbeitsverhältnisse anzubieten¹⁰, ihre Entsprechung auf seiten des Arbeitskräfteangebots. Nur, während diese Form wirtschaftlicher Aktivitäten den Unternehmen in der Regel höhere Gewinne ermöglicht, hat sie auf der Seite der Arbeitnehmer genau den umgekehrten Effekt – mit derselben durchschnittlichen Arbeitsleistung werden oft

wesentlich niedrigere Einkommen erzielt (Portes/Sassen-Koop 1987).

Auch *auf seiten der staatlichen Institutionen* stellt sich das Verhältnis von formellen und informellen Wirtschaftsaktivitäten durchaus ambivalent dar. Einerseits müssen die Kosten von Verrechtlichung und Regulierung sowie für soziale Sicherungssysteme gedeckt werden, was vor allem die Einrichtung und Implementierung eines effizienten Steuersystems erfordert. Andererseits sollen die einheimischen Unternehmen aber auch wettbewerbsfähig bleiben bzw. werden, und müssen daher von Kosten entlastet werden. Dazu kommt noch, daß informelle Beschäftigung nicht nur die Arbeitskosten reduziert und die Realversorgung verbessert, indem spezifisch billige Konsumgüter und Dienstleistungen verfügbar gemacht werden. Auch die staatlichen Aufwendung für das Sozialbudget werden dadurch tendenziell gesenkt, daß ein Teil der Reproduktionsleistungen durch Eigenarbeit bzw. durch prekäre Arbeitsverhältnisse erbracht wird (Gretschmann 1984a; vgl. auch Gross 1988: 37-39; Karmann 1988: 106f.). Die in der Diskussion immer wieder anzutreffende Verkürzung des Problems »informelle Wirtschaft« auf möglicherweise auftretende Steuerausfälle (vgl. Schattenwirtschaft in Osteuropa 1997) und deren moralisch-ethischen Konsequenzen (Feld/Kirchässner 1995: 611, 614) beschreibt die mit der Informalisierung von Wirtschaft, Politik und Staat auftretenden Folgewirkungen deshalb nur unzureichend.

Insgesamt hat ein relativ hoher Anteil informeller Aktivitäten am gesamten Wirtschaftsprozeß vor allem schwer wiegende Konsequenzen für das Funktionieren und die Reichweite staatlicher Regulierungsformen und die Ausgestaltung staatlich garantierter Sozialsysteme. *In Gesellschaften, in denen ein großer Teil der Wirtschaftsaktivitäten informalisiert ist, kann kein tiefgestaffeltes staatliches System sozialer Sicherungssysteme ausgebildet bzw. aufrecht erhalten werden.*¹¹ Im Extremfall kann sogar die durch staatliche und intermediäre Institutionen zu erbringende Herstellung der allgemeinen systemtypischen Rahmenbedingungen marktwirtschaftlicher Effizienz mißlingen (vgl. Steffen 1994a: 351). Damit ist dann die Vermarktwirtschaftlichung einer sich transformierenden Ökonomie faktisch ausgeschlossen, da das Funktionieren von Marktwirtschaften grundsätzlich auf der Möglichkeit gewinnbringender unternehmerischer Aktivitäten beruht. Diese wiederum gründet auf einem Mindestmaß an gesamtgesellschaftlicher Durchsetzung allgemeiner Rentabilitätsbedingungen. Nur die Rentabilität vieler verschiedener Unternehmen in einer Reihe von Branchen sichert die Rentabilität des Einzelunternehmens. Kann diese »systemische Effizienz« nicht erreicht werden, erlischt der Anreiz für marktwirtschaftlich-kapitalistische, d.h. gewinnorientierte Aktivitäten, das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau reduziert sich faktisch auf Eigenarbeit und Selbstversorgung einzelner Produzentengruppen, die arbeitsteiligen Strukturen moderner Gesellschaften zerfallen, ernsthafte Armuterscheinungen und Existenz bedrohende Lagen nehmen rapide zu. Die Folge sind dann in der Regel soziale Unruhen, erzwungene Regierungswechsel bei gleichzeitiger Handlungsunfähigkeit der Politik (Unregierbarkeit), massenhafte Unternehmenszusammenbrüche – allgemeiner: eine

10 Da es sich hier um eine von den Unternehmen bewußt vorgenommene Verlagerung von Arbeitsplätzen in den Schattensektor handelt, kann folglich auch nicht davon gesprochen werden, daß Schwarzarbeit Arbeitsplätze im formellen Wirtschaftssektor vernichten würde. Besonders problematisch ist die diesem Argumentationszusammenhang oft latent anhaftende Unterstellung, die abhängig Beschäftigten würden durch ihre Bereitschaft, Schwarzarbeit zu verrichten, das Problem überhaupt erst schaffen. Es sind vielmehr in der Regel die Unternehmen, die die Produktion oder Teile von ihr unter Gewinnkühlen informalisieren. Je größer das Marktwirtschaften systemisch zugehörige Heer der Arbeitslosen, Verarmten und Deklassierten ist, je prekärer die Arbeitsverhältnisse sind, umso eher werden sich auch die entsprechenden Arbeiter für »Schwarzarbeitsverhältnisse« finden.

11 »Ein übermäßiges Anwachsen der Schattenwirtschaft (bedroht) die Erhaltungsbedingungen der Sozialversicherung«.
(Koslowski 1988: 241).

Chaotisierung der Gesellschaft, wie sie zum Beispiel gegenwärtig in Bulgarien und Albanien beobachtet werden kann.

Modernisierung, Informalisierung und die gesellschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa

Eine »erfolgreiche« Transformation zu Marktwirtschaften wird in der wissenschaftlichen Literatur nahezu durchgängig vom reformförderlichen Verhalten der verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Akteursgruppen abhängig gemacht (Wagener 1993). Mitunter werden von diesen Gruppen für ein Gelingen der Transformation sogar vorauseilende Verhaltensweisen eingefordert, nämlich »... sofort so (zu) handeln, als ob eine Marktwirtschaft schon funktionsfähig sei« (Krug 1994: 55). Tatsache ist jedoch, daß gerade die Akteure im politischen und ökonomischen Bereich eine Reihe von spezifischen Verhaltensmustern zeigen, die für ihre konkrete Situation durchaus rational sind, jedoch kaum mit den eingeforderten »So-tun-als-ob-Verhaltensweisen« in Übereinstimmung gebracht werden können. Im Prozeß der Transformation, der einen tiefgreifenden Umbruch nicht nur aller sozio-ökonomischen Verhältnisse, sondern auch der bisherigen Verhaltensregeln einschließt, versuchen die Individuen, der »Entsicherung« des gesamten Sozialgefüges dadurch entgegenzuwirken, daß sie – soweit irgend möglich – auf die noch verbliebenen Ressourcen des alten Systems (z.B. »interpersonelle Netzwerke« – Brie 1995) zurückgreifen und gleichzeitig den neuen Verhältnissen adäquate Verhaltensmuster (z.B. »moralisch durchaus verwerfliche unternehmerische Praktiken« – Welter 1996) ausprägen. Auf diese Weise etablieren sich relativ stabile Verhaltensweisen, denen eine Mischung von überkommenen und neuen Normen zugrunde liegt. In diesem Sinne schließt Transformation durchaus »Modernisierungseffekte« ein. Die so entstehenden marktwirtschaftlichen Strukturen sind in bezug auf die Ressourcenallokation effizienter als Planwirtschaften, entsprechen aber nur höchst selten ihren westlichen Vorbildern. Sie sind von Beginn an durch eine Reihe von Besonderheiten geprägt, die nicht nur ihrer spezifischen Abstammung, sondern auch den besonderen (weltwirtschaftlichen) Rahmenbedingungen der Transformation geschuldet sind. Das Gros dieser Besonderheiten läßt sich in Ermangelung positiver Bestimmungen bisher nur als Zunahme von »Informalität« beschreiben. Die Behauptung, daß diese sich in Mittel- und Osteuropa herausbildenden besonderen Formen von Marktwirtschaft (geprägt durch eine starke vertikale Integration, Monopole, Marktsurrogate und ein relativ hohes Gewicht informeller Strukturen) weniger effizient als Marktwirtschaften des »OECD-Typs« sind, ist rein hypothetisch – diese Betrachtungsweise liegt den Akteuren fern. Als sicher kann indes gelten, daß derartige Wirtschaftsstrukturen auch spezifische Formen von sozialen Sicherungssystemen jenseits des »klassischen Sozialstaats«, einen viel höheren Grad der Informalisierung und Privatisierung von »klassisch« staatlichen Aufgaben und besondere Formen der regionalen und branchenmäßigen Verflechtung von Unternehmensstrukturen (Stark 1990) hervorbringen werden. Mittel- und Osteuropa befindet sich möglicherweise auf dem Weg zu

einer spezifisch osteuropäischen Variante des Kapitalismus – und einige der »unerwarteten« Transformationsresultate lassen den Schluß zu, daß es dabei schon ein beträchtliches Stück vorangekommen ist.

Literatur:

- Albert, Michel (1993): *Capitalism against Capitalism*, London.
- Altmann, Jörn (1990): Zur Theorie des informellen Sektors, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, H. 1, S. 89-103.
- Altmann, Jörn (1991): Überleben im Schatten, in: *der überblick*, September, S. 5-10.
- Aslund, Anders (1995): *How Russia Became a Market Economy*, Washington D.C.
- Borchert, Jörg, Rürup, Bert (1988): Informelle Wirtschaft und öffentliche Unternehmen, in: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 108-122.
- Brie, Michael (1995): Rußland: Die versteckten Rationalitäten anomisch-spontaner Wandlungsprozesse, in: Rudolph, Hedwig (Hrsg.): *Geplanter Wandel ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation*, WZB-Jahrbuch 1995, Berlin, S. 45-61.
- Csaba, László (1995): *The Capitalist Revolution in Eastern Europe. A Contribution to the Economic Theory of Systemic Change*, Aldershot.
- Chanduri, Tamal (1989): *A Theoretical Analysis of the Informal Sektor*, in: *World Development* 1989.
- Creutzburg, Diedrich (1996): Zu schwarz gesehen, in: *Die Zeit*, Nr. 43 (18. Oktober 1996), S. 37.
- Couvrat, Jean François, Pless, Nicolas (1993): *Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft*, Münster.
- Dallago, Bruno (1990): *The Irregular Economy: The »Underground« Economy and the »Black« Labour Market*, Dartmouth.
- Damaskin, O.W. (1997): Kriminologische Aspekte der Wirtschaftsgesetzgebung in Rußland, in: *Osteuropa*, 47(1997)1, S. 52-62.
- Die wirtschaftliche Lage Rußlands, in: *DIW Wochenbericht* 19/97 (vom 8. Mai 1997), S. 334-355.
- Dziewiecka-Bokun, Ludmilla (1992): Sozialpolitik im Leerraum postsozialistischer Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, H. 11/12, S. 697-709.
- Feld, Lars P., Kirchgässner, Gebhard (1995): Schattenwirtschaft und die Transformation osteuropäischer Länder, in: *NORD-SÜD aktuell*, Heft 4, S. 604-617.
- Gábor, István (1991/1992): Schattenwirtschaft in Ungarn. Geschöpf der alten oder Hoffnung der neuen Ökonomie?, in: *Transit*, Heft 3, Winter, S. 159-168.
- Glatzel, Norbert (1988): Grenzen zwischen Erwerbs- und Schattenwirtschaft aus ethischer Sicht, in: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 227-233.
- Gretschmann, Klaus, Heinze, Rolf G., Mettelsiefen, Bernd (Hrsg.) (1984): *Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen*, Göttingen.
- Gretschmann, Klaus (1984a): *Wohlfahrtseffekte schattenwirtschaftlicher Aktivitäten?*, in: Gretschmann/Heinze/Mettelsiefen (Hrsg.): *Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen*, Göttingen S. 97-129.
- Goetz, André (1991): *Und jetzt wohin?*, o.O.
- Götz, Roland (1991): *Illegal und unverzichtbar. Die Schattenwirtschaft in der Sowjetunion*, in: *der überblick*, September, S. 42-44.
- Gross, Peter (1988): Zur gesellschaftlichen Bedeutung und Bewertung der Schattenwirtschaft, in: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 9-49.
- Gross, Peter, Friedrich Peter (Hrsg.) (1988): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden.
- Heinrich, Andreas, Pleines, Heiko (1997): Die Drogenmafia in der GUS, in: *Osteuropa*, 47(1997)1, S. 63-70.
- Herr, Hansjörg, Westphal, Andreas (1993): *Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien*, Frankfurt/M., New York.
- Jeffries, Ian (1993): *Socialist Economies and the Transition to the Market*, London.
- Juchler, Jakob (1994): *Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993*, Zürich.
- Hölscher, Jens et al. (Hrsg.): *Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa*, 5 Bde., Marburg 1993-1996.
- Karmann, Alexander (1988): Größe und Formen der Schattenwirtschaft und ihr Verhältnis zur Wirtschaft, in: Gross/Friedrich: *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 87-107.
- Kaufmann, Daniel (1997): *Desparately Seeking Economic Recovery*, in: *Transition*, April 1997, pp. 5-8.
- Kisunko, Gregory (1996): *Economic Crime in Russia*. In: *Transition*, July-August, S. 13-16.
- Kolesnikow, Wadim, Sidorow, Sergej (1994): Reformen in Rußland auf dem Weg zum korrupten Markt? in: *Osteuropa*, 44(1994)4, S. 353-366.
- Kornai, János (1992): *The Socialist System. The Political Economy of Communism*, Princeton.
- Koslowski, Peter (1988): Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft als Krisensymptome des gegenwärtigen Sozialstaats? In: Gross/Friedrich (Hrsg.): *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden, S. 234-243.
- Krug, Barbara (1991): Die Transformation der sozialistischen Volkswirtschaften in Zentral-europa: Ein Beitrag der Vergleichenden Ökonomischen Theorie von Institutionen, in: Wagener, H. J. (Hrsg.): *Anpassung durch Wandel. Evolution und Transformation von*

- Wirtschaftssystemen, Berlin, S. 39-60.
- Lavigne, Marie (1995): *The Economics of Transition*, London.
- Münkner, Hans H. (1990): Der »informelle Sektor«, in: *Internationales Afrikaforum*, H. 4, S. 345-352.
- Narr, Wolf-Dieter, Schubert, Alexander (1994): *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt/M.
- Nitsch, Manfred (1995): Geld und Unterentwicklung: Der Fall Lateinamerika, in: Schelkle/Nitsch (Hrsg.): *Rätsel Geld*, Marburg, S. 77-105.
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.
- Offe, Klaus (1994): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Denokratisierung, Marktwirtschaft und Territorialpolitik in Osteuropa, in: ders.: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt/M., New York, S. 57-80.
- Pries, Ludger (1996): Kurze Geschichte eines angekündigten – und nie eingetretenen – Todes: Der Informelle Urbane Sektor in Lateinamerika, in: *Peripherie*, Nr. 62 (August), S. 7-28.
- Portes, Alejandro/Sassen-Koob, Saskia (1987): Making It Underground: Comparative Material on the Informal Sector in Western Market Economies, in: *American Journal of Sociology*, H. 1, S. 30-61.
- Rügemer, Werner: (1996) *Wirtschaften ohne Korruption?*, Frankfurt/M.
- Saizew, Sergej A. (1994): Das neue russische Unternehmertum, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, H. 3, S. 184-200.
- Schattenwirtschaft in Osteuropa: Das Beispiel der Ukraine, in: *DIW Wochenbericht 18/97* (vom 1. Mai 1997), S. 334-340.
- Schelkle, Waltraud, Nitsch Manfred (Hrsg.) (1995): *Rätsel Geld*, Marburg.
- Scherr, Matthias: Geheimregierung am Gashahn, in: *stern*, 15/1997, S. 168.
- Schiel, Tilmann (1987): Suche nach Sicherheit und Sehnsucht nach Geborgenheit. »Dualwirtschaft« und »informeller Sektor« als Phänomen und Fiktion, in: *Zeitschrift für Soziologie*, H. 2, S. 92-105.
- Schrage, Horst (1987): *Theoretische Grundlagen der Schattenwirtschaft*, Frankfurt/M.
- Schüller, Alfred (1992): Ansätze einer Theorie der Transformation, in: *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 43, Stuttgart, Jena, New York, S. 35-63.
- Senghaas, Dieter: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt/M. 1982.
- Shelley, Louise I. (1997): The Price Tag of Russia's Organized Crime, in: *Transition*, 8(1997)1, pp. 7f.
- Soto, Hernando de (1989): *The Other Path. The Invisible Revolution in the Third World*, New York.
- Stark, David (1990): Privatization in Hungary; from Plan to Market or from Plan to Clan, in: *East European Politics and Societies*, H. 3, S. 351-392.
- Steffen, Olaf (1994a): Zur Kritik der »Schocktherapie« in Rußland. Die ursprüngliche postsozialistische Akkumulation des Kapitals als Voraussetzung und der russisch Markt-Transformations-Prozeß (Teil I), in: *Osteuropa*, 44(1994)4, S. 338-352.
- Steffen, Olaf (1994b): Zur Kritik der »Schocktherapie« in Rußland. Die ursprüngliche postsozialistische Akkumulation des Kapitals als Voraussetzung und der russische Markt-Transformations-Prozeß (Teil II), in: *Osteuropa*, 44(1994)6, S. 547-565.
- Steffen, Olaf (1995): Konzepte und Perspektiven der Privatisierung in Rußland. Zur Kritik der »Schocktherapie« (Teil III), in: *Osteuropa*, 45(1995)2, S. 135-149.
- Tittenbrun, Jacek (1992): Der polnische Weg zum Kapitalismus, in: *PROKLA*, Nr. 89 (Dezember), S. 604-621.
- Tschajanow, Alexander (1987): *Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft*, Frankfurt/M. (Nachdruck der Originalausgabe Berlin 1923).
- Thomas, James J. (1992): *Informal Economic Activity*, New York – London.
- Wagener, Hans-Jürgen (eds.) (1993): *The political economy of transformation*, Heidelberg.
- Weck, Hannelore, Pommehene, Werner W., Frey, Bruno (1984): *Schattenwirtschaft*, München.
- Welter, Friederike (1996): Unternehmer in Osteuropa, in: *Berliner Debatte INITIAL*, (1996)3, S. 100-107.
- Zapf, Wolfgang (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: *Leviathan*, Heft 1, S. 63-77.